

Vortrag an den Ministerrat

13 Millionen Euro für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung psychosozialer Probleme in Folge der Covid-19-Krise

Am 13. Mai 2020 – und somit bereits zu Beginn der Covid-19-Pandemie – warnte UNO-Generalsekretär Antonio Guterres in einer Video-Botschaft vor den Folgen psychosozialer Belastungen in der Folge der Covid-19-Krise.

Besonders Kinder und Jugendliche sind von den notwendigen, aber einschneidenden Maßnahmen im Zuge der Covid-19-Krise stark betroffen. Die Copsy-Studie (COrona und PSYche)¹ des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf aus Deutschland beispielsweise zeigt: Kinder und Jugendliche leiden psychisch besonders stark unter der Corona-Pandemie. Lebensqualität und psychische Gesundheit haben sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Fast jedes dritte Kind zeigt psychische Auffälligkeiten. Insbesondere Ängste und Sorgen, depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden haben zugenommen. Auch das Gesundheitsverhalten (u.a. weniger Sport; mehr Zeit vor Bildschirmen) hat sich verschlechtert.

Laut einer Studie der Donau-Universität Krems (Studienautor Univ.-Prof. Dr. Christoph Pieh, Leiter des Departments für Psychotherapie und Biopsychosoziale Gesundheit, Donau-Universität Krems), die Ende Jänner 2021 publiziert wurde und eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe von rund 1500 Personen umfasst, nahmen durch die Krise die Prävalenz von Depressions-, Angst- oder Schlaflosigkeitssymptomen in Österreich

¹ [https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-
psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html](https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html) (Zugriff: 08.07.2021)

signifikant zu.² Sie zeigt des Weiteren, dass die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter depressiven Symptomen leidet.

Nicht ganz eineinhalb Jahre nach dem Covid-19-Ausbruch in Österreich deuten auch die Ergebnisse zahlreicher weiterer Studien auf eine hohe Prävalenz von psychischen Störungen hin und unterstreichen die Notwendigkeit, rasch niederschwellige und effektive Unterstützung von Kindern und Jugendlichen anzubieten.

Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil Erfahrungen aus anderen Krisen zeigen, dass der Höhepunkt der psychosozialen Belastungen erst nach dem Abklingen der ursächlichen Krise erreicht wird. Die psychischen Krisenfolgen werden daher noch länger andauern. Um sie abzufedern, bedarf es neben zahlreichen niederschweligen Maßnahmen, die in unterschiedlichen Sektoren erbracht werden können, auch ganz konkreter Beratungs- und Behandlungsangebote für Betroffene.

Ziel ist es, für die besonders betroffene Gruppe der Kinder und Jugendlichen ehestmöglich entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die krisenbedingten psychosozialen Belastungen der betroffenen Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig Beratung und Behandlung zuzuführen und dadurch Chronifizierungen und Langzeitfolgen vorzubeugen. Die entsprechenden Angebote sollen niederschwellig und ohne lange Wartezeiten, spezifisch an den Bedürfnissen der Zielgruppe ausgerichtet sowie kostenfrei und ergänzend zur Regelversorgung verfügbar sein. Hierzu sollen bis Ende 2022 insgesamt 13 Millionen Euro als zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die budgetäre Bedeckung der aus diesem Vorhaben ab dem Herbst 2021 im Budgetjahr 2021 entstehenden Bedarfe erfolgt aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds, die anteiligen erst ab dem Budgetjahr 2022 erforderlichen Mittel finden in den geltenden Ansätzen des BFRG und BFG ihre Bedeckung.

Die detaillierte Ausgestaltung dieses Projektes obliegt einer Projektgruppe unter der Federführung des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und

² <https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2021/psychische-gesundheit-verschlechtert-sich-weiter0.html>
(Zugriff: 08.07.2021)

Konsumentenschutz, unter Einbindung des Österreichischen Bundesverbandes für Psychotherapie (ÖBVP), des Berufsverbandes Österreichischer PsychologInnen (BÖP), der Sozialversicherung, sowie eines Vertreters oder einer Vertreterin des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, das über die Schulpsychologie und Schulsozialarbeit die Rolle eines Vermittlers einnimmt, und des Bundeskanzleramts/Frauen, Familie, Jugend und Integration, das gemeinsam mit der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit (BJV, bOJA, BÖJI) Konzepte erarbeiten wird, wie Jugendorganisationen, Jugendzentren, etc. über dieses Angebot informiert werden.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die weitere Umsetzung des beschriebenen Vorhabens beschließen.

28. Juli 2021

Dr. Wolfgang Mückstein

Bundesminister